

Bezugspreis:

Im den Monat August 20.— M.
necans zahlbar. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, Grenz- und
Pommerngebiet, sowie Oesterreich und
Luzern 128.— M. für das übrige
Ausland 172.— M. Postbestellungs-
nehmen an Belgien, Dänemark, Eng-
land, Estland, Finnland, Frankreich,
Holland, Lettland, Luxemburg, Oester-
reich, Schweden, Schweiz, Tschecho-
slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Heimgarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
ntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Raumverteilung
betragt 25.— M. Kleinanzeigen 120.— M.
„Kleinanzeigen“ das fertige
Blatt 7.— M. (zählend zwei fertige
gedruckte Worte), jedes weitere Wort
6.— M. Stellengedichte und Schlu-
stellenanzeigen das erste Wort 4.— M.,
jedes weitere Wort 3.— M. Worte
über 15 Buchstaben zählen für zwei
Worte. Familien-Anzeigen für Abon-
nenten Seite 10.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schluß-
zeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
und 2506-2507

Mittwoch, den 16. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Berlin, Hauptexpedition u. Inzeraten-
Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Gerüstesturz auf dem Anhalter Bahnhof.

Bis 2 Uhr wurden gezählt: 10 Tote.

Auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin ereignete sich heute vormittag, kurz vor 11 Uhr, ein schwerer Gerüstesturz. Innerhalb der Bahnhofshalle in 35 Meter Höhe werden augenblicklich Reparaturarbeiten an einem Hängegerüst ausgeführt. Die Arbeiter, die sonst angeseilt arbeiten, wollten gerade ihre Arbeitsplätze verlassen, um das Mittagbrot einzunehmen, als durch noch nicht aufgeklärte Ursache Teile des Gerüsts auf einen dort gerade leer haltenden Zug stürzten. Ein Teil der Arbeiter mußte unter den Trümmern hervorgeholt werden und man zählte bis 2 Uhr zehn Tote und mehrere Schwerverletzte. Die Feuerwehr ist noch mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Die Ursache des Unglücks war bis jetzt noch nicht zu ermitteln.

Ein Augenzeuge.

In der Innenhalle hängt seit vier Wochen unter der Decke ein Gerüst, das für Maler- und Reparaturarbeiten an der Innenhalle benutzt wird. Infolge eines Bruches eines S-Hakens, der zum Halten der Leitern und des Brettergerüsts diente, löste sich ein Teil des Gerüsts. Der herabfallende Teil traf auf einen Arbeiter, der nur um ein Haar am Tode vorbeiging, folgendermaßen geschildert: Als Leiter der Malerarbeiten obliegt ihm die Pflicht, die Frühstück- und Mittagspausen anzugeben. 10 Minuten vor 11 Uhr piffte er zum Frühstück und die Maler legten die Arbeit aus der Hand, um über das Licht (d. h. eine Öffnung an der Decke, die Licht hereinläßt) zur Wendeltreppe an der linken Seite der Bahnhofshalle zu gehen. Als die Arbeiter hintereinander zu zwölfen auf einer quergelegten „Scholle“ standen, gab diese nach und mit einem entsetzlichen Splintern und Krachen löste sich das Gerüst in seine Bestandteile auf und Leitern, Eisenhaken, Balken, Bretter und Menschchen stürzten in die Tiefe, auf den Bahnsteig B, der glücklicherweise menschenfrei war, weil soeben erst ein Zug hereingelassen worden war. Auf den letzten Wagon des Zuges proffierte zum Teil alles mit hinunter. Quaiwächter Schreie erklangen von den zu Tode Gestürzten und die Schwerverletzten wunden sich mit zerbrochenen Gliedmaßen auf dem Bahnsteig. Der Kellender benachrichtigte sich eine Panik. Erst als die Feuerwehr auf dem Plan erschien, um die Verwundeten und Toten in die nächsten Krankenhäuser zu schaffen, setzte allmählich eine Beruhigung ein.

Die Feuerwehr montierte dann sofort die noch schadhafte Gerüstteile ab. Die verunglückten Arbeiter gehören zu der Malerfirma Benzling u. Schart, Sedanstr. 1.

Die Schuldfrage

trifft ohne Zweifel die Gerüstbaufirma, die für ein Gerüst, das obendrein hängend die Lasten zu tragen hat, einen angebrochenen Haken benutzte. Man soll es nicht für möglich halten, daß mit einer solchen Verlässlichkeit ein Gerüst gebaut wird. Unser zu dem Unglücksort entsandter Berichterstatter konnte feststellen, daß der Bruch alt ist, da er bereits von Rost überzogen war. Die frische Bruchstelle, die ungefähr zwei Drittel des Hakens einnimmt, ist selbstverständlich zu dünn gewesen, um auf die Dauer einer Belastung derart, wie der Haken ausgelegt war, standzuhalten.

Die Rettungsarbeiten

wurden besonders dadurch erschwert, daß einige der Arbeiter auf einen Zug gestürzt waren und dort unter den Balkentrümmern begraben lagen. Kaum 10 Minuten nach dem furchtbaren Unfall war bereits die Feuerwehr unter Leitung des Oberbrandinspektors Bruchhild zur Stelle. Wenige Minuten später trafen auch mehrere Autos des Rettungssamtes Groß-Berlin unter Führung von Dr. Sangerhans ein und brachten sämtliche Verunglückte in das Urban- und das Elisabeth-Krankenhaus. Fünf Leichen konnten zunächst geborgen werden. Die Körper der Bedauernswerten waren in der fürchterlichsten Weise verstümmelt. Von den in das Krankenhaus geschafften Schwerverletzten starben während des Transportes weitere fünf.

Die Namen der Verunglückten

sind, soweit sich bisher feststellen ließ: Schmidt, Dieckhoff, Klinkerfuß, Heinge, Beck, Jankowski, Palerwiniski, Hensel, Bernike, Ginske, Bürger.

Zur Zeit des Unfalls befanden sich auf dem Gerüst 23 Arbeiter. 9 Maler, die bereits das Unglück nahen sahen, konnten sich durch verzweifelte Anstrengungen auf ein Nachbargerüst retten und entgingen so dem Sturz in die Tiefe. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis gegen 12 1/2 Uhr. Sämtliche ankommenden und abfahrenden Züge wurden über Bahnsteig A geleitet.

Um die Organisationsform.

Von Friedrich Ehlhorn.

Der Leipziger Gewerkschaftskongreß beschloß, daß für große zusammenhängende Industrien einheitliche Industrieverbände anzuerkennen oder zu schaffen sind. Als solche Industrien führt der Beschluß beispielsweise Bergbau, Hütten- und Metallindustrie, Baugewerbe, graphisches Gewerbe, Transport- und Verkehrsgewerbe, öffentliche Betriebe und Verwaltungen, Textilindustrie, Lederindustrie, Holzindustrie, Lebens- und Genussmittelindustrie und Land- und Forstwirtschaft samt Weinbau und Gärtnerei auf. Vorstand und Ausschuss des I.D.G.B. sollen in kürzester Frist eine Vorlage ausarbeiten, die einen organischen Aufbau von Industrieverbänden vorsieht, und diese Vorlage den beteiligten Gewerkschaften zur weiteren Beratung überweisen. Dieser Beschluß war befürwortet von den Verbänden der Metallarbeiter, der Bauarbeiter, der Bergarbeiter, Textilarbeiter, Transportarbeiter, Gemeinde- und Staatsarbeiter, Schuhmacher, Buchbinder, Brauerei- und Mühlenarbeiter, der Fleischer und der Dachdecker. Der mit 4854 125 vertretenen Stimmen gefasste Beschluß hatte insgesamt 17 Verbände hinter sich und 27 mit 1 925 972 Stimmen gegen sich. Die Landarbeiter, für die diese Frage bis auf den Anschluß der Gärtner gelöst ist, enthielten sich der Abstimmung, während die Vertreter der übrigen drei Verbände teils für, teils gegen die Resolution Ditzmann stimmten.

Die Erörterung dieses Beschlusses in der Gewerkschaftspresse war zunächst durch die politischen Ereignisse, die die Ermordung Rathenaus im Besolge hatte, behindert und ist erst neuerdings in Gang gekommen. Bezeichnenderweise sind es weniger oder doch nicht allein Berufsverbände, sondern Industrieverbände, wie Fabrikarbeiter- und Holzarbeiterverband, die sich mit dem Mehrheitsbeschluß des Gewerkschaftskongresses nicht befreunden können.

Immerhin scheint uns, als ob eine ruhige, sachliche Prüfung der Dinge auch in diesem Punkte nützlicher sei als aufgeregte, mit mehr oder minder deutlichen Drohungen verbundene Gegenentscheidungen. Die verschiedenen Auffassungen über die beste Form der Organisation sind so alt wie die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Während jedoch früher die Frage der Organisationsform vielfach von parteipolitischen Gesichtspunkten beeinflusst war, so insbesondere die Frage, ob lokale oder zentrale Organisation, ist das gegenwärtige Problem frei von jedem Richtungsstreit. Ist die Wiedervereinigung von SPD. und USPD. erst vollzogen, so bleibt überhaupt kein Richtungsstreit mehr in den Gewerkschaften, außer dem von der kommunistischen Partei vom Zaun gebrochenen: „Moskau oder Amsterdam?“

Der Berufsverband als die ursprünglich gegebene Form der Organisation konnte sich bisher nur erhalten, wo der Beruf sein Eigenleben bewahrt, nicht mehr entwicklungs-fähig war oder aber sich rein als Beruf weiter entwickelte. Überall dort, wo der Beruf zu seiner weiteren Entwicklung eine größere Anzahl ungelerner Arbeitskräfte aufnehmen mußte, wurde die enge Form der Berufsorganisation geprengt und durch die Aufnahme der Hilfsarbeiter zur Industrieorganisation auf der ursprünglichen beruflichen Grundlage erweitert. — Die vom Frankfurter Gewerkschaftskongreß gefasste Resolution Busse erklärte es als unzulässig, daß die Gewerkschaften solche Berufstätige als Mitglieder aufnehmen, für deren Berufstätigkeit eine Berufsorganisation besteht. Dieser Beschluß kam bereits zu spät. Darüber kam es in Stuttgart zu einer regelrechten Organisationsformdebatte, die in eine Erklärung des Genossen Reich ausklang, daß die Regelung der Grenzstreitigkeiten unmöglich sei, weil die Abgrenzung unmöglich sei. Man müsse sich auf den Standpunkt der Entwicklung stellen, wodurch ganz von selbst die besten Formen der Organisation herausgebildet würden. Auch Legien erklärte, daß wir uns bezüglich all dieser Fragen in einer Situation befinden, aus der wir einen einigermaßen annehmbaren Ausweg nicht finden können. Bei dieser Gelegenheit, wenn auch nicht im direkten Zusammenhang mit dieser Frage, prägte Legien den Satz, der bei der Bewältigung der neu aufgetauchten Schwierigkeiten alle Beachtung verdient, trotzdem er nur eine Binsenwahrheit ausspricht: „Der größte Feind der Arbeiterbewegung — ein noch viel größerer Feind als die reaktionären Gewalten — ist es, wenn die Arbeiter sich unter sich streiten.“

Das Organisationsformproblem wurde kompliziert durch eine mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverbände neu angebotene Form, der Betriebsorganisation. Im Laufe der Zeit kamen mehrere Organisationen dieser Form näher und damit auch in Grenzstreitigkeiten mit anderen Verbänden. Durch Mehrheitsbeschlüsse lassen sich solche Probleme nicht lösen. So hat dem der Leipziger Beschluß auch nur das Ziel festgestellt und verweist auf den Weg, der einzig möglich ist, den der gegenseitigen Verständigung. Die Entwicklung ist nicht abgeschlossen, sondern in ständigem Flusse. Auch hinsichtlich der notwendigen und notwendig werdenden Formen der Organisation läßt sich die Er-

Poincarés Rückkunft.

Paris, 15. August. (Havas.) Poincaré und de Basteurie sind in Begleitung der französischen Abordnung um 6 Uhr abends von London hier angekommen. Im gleichen Zuge befand sich die italienische Abordnung. Der Ministerpräsident kam um 6 Uhr 40 Minuten in das Ministerium des Äußeren. Eine Anzahl Journalisten ermortete ihn dort. Ohne ihre Fragen abzuwarten, sagte Poincaré lächelnd, er habe den Erklärungen, die er ihren Kollegen während der Reise gegeben habe, nichts hinzuzufügen. Er wurde über die Möglichkeit einer Einberufung der Kammer befragt und antwortete, er könne über diese Angelegenheit nichts vor der Beratung des Ministerrats sagen. Poincaré sagte ferner, er könne nichts voraussetzen und könne daher auch noch nicht wissen, ob er am nächsten Sonntag die Einweihung des Denkmals der Gefallenen von Thiaucourt vornehmen könne, wie es verschiedene Zeitungen gemeldet hatten.

Nach einer Havas-Meldung verläutet, daß Marschall Foch und General Degoutte ersucht wurden, sich nach Rambouillet zu begeben, um sich zur Verfügung des morgen stattfindenden Ministerrates zu halten.

Französisches Mißbehagen.

Paris, 16. August. (RTB.) Der Londoner Sonderberichterstatter des „Matin“ behauptet, man glaube im allgemeinen nicht, daß Frankreich ein militärisches Vorgehen einleiten und sich von allen Mitteln trennen werde, da man sich davon überzeugt sei, daß es hierbei keinen wahren Vorteil finden werde. Ueber zwei vermittelnde Lösungen werde gesprochen. Der Berichterstatter glaube, daß sie aus britischen und alliierten Kreisen kämen. Die erste bestehe darin, daß Frankreich eine Konferenz aller an der Reparationsfrage interessierten Signatarmächte des Friedensvertrages von Versailles nach Paris einberufen werde, um sich mit ihnen über die Gesamtheit des Problems auszusprechen. Die zweite Lösung schreibe man Belgien zu. Man glaube, daß das belgische Kabinett vielleicht auf die drei kommenden Zahlungen Deutschlands, die ganz Belgien zufallen sollten, verzichte und sie auf später vertage, so daß der Augenblick, in dem Frankreich etwas von den Barzahlungen erhalte, durch die Bewilligung eines dreimonatigen Moratoriums nicht hinausgeschoben würde. Man glaube in Paris, daß in diesem Falle die französische Regierung für diesen Zeitabschnitt auf die produktiven Pfänder, die sie in London verlangt habe, verzichten werde. Der Berichterstatter will nicht behaupten, daß diese Gedanken auf

einer ersten Grundlage beruhen. Es handle sich hier wohl um ein Geheimnis der belgischen und der französischen Regierung. Im allgemeinen sei man in London weniger pessimistisch, sofern Frankreich die Entscheidung der Reparationskommission abwartet; denn es werde ihm schwer fallen, hiernach gegenüber allen Unterzeichnern des Friedensvertrages einen Bruch zu rechtfertigen. Wenn Frankreich es hätte zum Bruch kommen lassen wollen, dann hätte es erklären müssen, daß die Regierung und nicht die Delegierten in dieser Frage die Verantwortung übernehmen müsse. Dann würde Frankreich so gehandelt haben, wie Millerand, als er Frankreich befehligt habe. Aber nachdem die Reparationskommission entschieden habe, und wenn eine weitgehende Parlamentsdebatte einsetze, sei es nicht wahrscheinlich, daß man eine militärische Aktion zu erwarten hätte. Der Berichterstatter spricht auch davon, daß man in gewissen Kreisen das englische Kabinett auffodert, die Balfour-Rolle zurückzuziehen, denn man könne von Frankreich nicht eine Herabsetzung seiner Forderungen verlangen, wenn man selbst erkläre, daß man an den eigenen Rechten unerrückbar festhalten wolle.

Zur Frage, ob die französischen Kammern einberufen werden, schreibt der „Matin“, obwohl im Ministerium einige Stimmen für die Einberufung seien, seien andere und nicht die unbedeutendsten gegen diese Maßnahme und erklärten, die Regierung sei solidarisch mit dem Ministerpräsidenten und müsse mit ihm die Verantwortung teilen.

Auch das „Echo de Paris“ glaubt nicht an die unmittelbare Einberufung des Parlaments. Erst müsse Deutschland sich gewilligt haben, die Entscheidung der Reparationskommission anzunehmen, dann sei es vielleicht Zeit, das Parlament einzuberufen, und man glaube, daß das vielleicht nächste Woche erfolgen werde. Die Regierung müsse erst dann, wenn sie durch die Haltung von Berlin oder durch die Haltung der Reparationskommission gezwungen werde, ihr Aktionsprogramm dem Parlament billigen lassen.

Das Ende der Entente.

London, 16. August. (RTB.) Der Pariser Berichterstatter der „Times“ hält die Einberufung der beiden französischen Kammern für äußerst wahrscheinlich. Ohne die zeitweilige Trennung Frankreichs und Großbritanniens tragisch zu nehmen, meint er, es könne doch nicht geleugnet werden, daß der Weg, auf den sich Frankreich jetzt begeben habe, mißlich führen könne. Man sei an einer Wendung angelangt, die darauf deute, daß England und Frankreich sich von einander immer mehr entfernen.

wicklung auf die Dauer weder aufhalten, noch ohne starke Rückschläge überbrücken oder gewaltsam vorwärts drängen. Im Laufe der Zeit hat sich im Wettstreit einzelner Verbände um die Höhe der Mitgliederzahl und des Verbandsvermögens ein gewisser Verbandsegoismus herausgebildet, der bis zu einem starken Grade durchaus erfreulich und berechtigt ist, zumal er von den besten Absichten getragen ist. Er darf jedoch nicht soweit gehen, sich der Entwicklung hindernd in den Weg zu stellen, noch gar dazu verleiten, auf Kosten der Nachbarorganisationen sich weiter zu verbreitern. Kann es doch letzten Endes nicht darauf ankommen, ob der eine Verband 100 000 Mitglieder mehr zählt als der andere, als vielmehr darauf, wie groß der Prozentsatz der organisierten gegenüber der unorganisierten Arbeitnehmerschaft ist. Neben alten stolzen Traditionen wie bei Buchdruckern und Zimmerern, spielen bei anderen reine Zweckmäßigkeitsfragen eine Rolle mit. Die mehr und mehr um sich greifende Revellierung der Löhne der gelernten Arbeiter auf die Höhe der ungelerten spricht bei der Befürchtung der Mitglieder verschiedener Berufsverbände vor dem Aufgehen in eine größere Einheit sehr viel mit. Es muß jedoch möglich sein, für die geschäftlichen und unentbehrlichen Berufsgruppen auch im Tarifvertrage einer großen Industrieorganisation die aus besonderen Leistungen gerechtfertigten besonderen Lohnansprüche zu berücksichtigen. Wenn andererseits z. B. der Bergarbeiterverband auch die in den Nebenberufen des Bergbaues beschäftigten Arbeiter in seiner Organisation vereinigen möchte, so kann seinem Verlangen eine gewisse Berechtigung wohl nicht abgesprochen werden. Anders steht die Sache schon, wenn in den Organisationsbereich eines Industrieverbandes zur Abrundung von Betriebsorganisationen große Bäden gerufen werden sollen.

Was jetzt schon zu einem engeren Zusammenschluß industrieverwandter Organisationen praktisch geschehen kann, das ist eine größere Vereinheitlichung gewerkschaftlicher Einrichtungen. In der keramischen Industrie scheiterte das Zusammengehen der drei Verbände seit Jahren wesentlich an der Beitragsfrage und den Unterstützungseinrichtungen. Heute hat sich durchweg der Grundgedanke in der Beitragsfrage durchgesetzt, daß ein Stundenlohn als Wochenbeitrag gilt. Der nächste Schritt muß sein, für die einzelnen Beitragsstufen einheitliche Normsätze der Unterstützungszweige zu vereinbaren, so daß sich in jeder Organisation die Streit-, Arbeitslosen-, Krankenunterstützung usw. gleichmäßig auf dem Stundenlohn, d. h. den Verbandsbeitrag, aufbaut. Starre Beitrags- und Unterstützungssätze sind heute ebenso unmöglich als starre Lohnziffern. Aus der Not der größeren Flüssigkeit läßt sich die Tugend größerer Einheitlichkeit machen, womit für die weitere Entwicklung sehr viel gewonnen ist, ohne daß dadurch das innere Verbandsleben der einzelnen Organisation irgendwie behindert wird. Wird diese Vorarbeit geleistet, dann wird für die Leitungen wie für die Mitglieder der einzelnen Verbände die notwendige Verständigung weit leichter werden. Und nur durch Anerkennung der Bedürfnisse nach festerem Zusammenschluß auf der einen, wie durch möglichste Rücksicht auf die Existenz der Nachbarorganisation auf der anderen Seite, durch großzügige Beurteilung der Sachlage, werden die freien Gewerkschaften wie über alle bisherigen, so auch über die gegenwärtigen großen Schwierigkeiten hinwegkommen.

Nein, diese Proletariat!

Die rechtsstehende Presse fühlt sich bemüht, für den „Vorwärts“ Reklame zu machen. Die „Deutsche Zeitung“ bringt Inhaltsauszüge ganzer Nummern (wie sie es aussieht!) mit Kommentaren heftiger Entrüstung, weil all jene Dinge, die doch viel besser geheim bleiben, durch den „Vorwärts“ der Arbeiterschaft bekannt werden. Zum Schluß leistet sie sich die trübseligste Bemerkung, daß die Proletariat, die eine solche Kost genessen, bald zu einer „europäischen Sehenswürdigkeit“ werden würden. Das soll ein Witz sein, es steht aber viel mehr Wahrheit darin, als die „Deutsche Zeitung“ ahnt. Die deutsche Arbeiterschaft mit ihren selbstgeschaffenen Millionenorganisationen, mit ihrer freiwilligen Disziplin ist in der Tat seit

Die große Not.

Von Wilhelm Berger.

Die Feiern zum dritten Jahrestag der deutschen Verfassung sind vergangen, die Fahnen eingezogen, die Worte und Lieder verklungen. Geblieben ist die Erinnerung an würdig begangene Akte, die zugleich dem Ernst der Zeit und der Weisheit des Festes entsprachen, an nimmer erdenkliche Kundgebungen für Freiheit und Recht und an Fackeln, zahllose brennende Fackeln, deren Glanz licht- und vernunftspendend bis auf spätere Tage wirken wird. . . . Geblieben ist auch die Gewissheit, daß Deutschland und die Republik eins sind, daß das eine ohne das andere unvermeidlich zum Sterben verurteilt ist.

Geblieben ist noch die große Not, in deren Zeichen die junge Republik ihren dritten Geburtstag beging.

Je mehr sich die innerpolitischen Verhältnisse konsolidieren, um so klarer wird es, daß es diese große Not ist, die weite Kreise des Volkes der Republik entfremdet, die sie unützig macht und nicht teilnehmen läßt an den Geschehnissen der Zeit, an des Volkes Arbeit am Wiederaufbau Deutschlands.

In der Vergangenheit leben noch immer diese Menschen, erbauen sich an Erfolgen und Schönen, die wir hatten, da wir „groß“ und „reich“ waren, schwelgen in Erinnerungen des Gemeinen, als ob es überhaupt keine Gegenwart gäbe, und lassen die junge deutsche Republik, weil sie scheinbar unlosbar verknüpft ist mit der großen Not.

„Ach hätte einst ein schönes Vaterland,“ klagen diese Leute, die das Vaterland selbst ins Unglück gestürzt haben, und auf ihrer Zunge liegt die Frage: was hat die Republik bisher gebracht?

Sie verlangen von dem dreijährigen Kinde, das eben seine ersten Gehversuche unternimmt und dem sie dauernd Knäuel zwischen die Beine werfen, große Erfolge!

Die große Not, in der sich gegenwärtig die Republik befindet, ist es, worum sich so viele Deutsche von ihr abgewandt haben. Wäre die Republik reich und stark, wie wir es alle wünschen, so hätte sie viele Freunde mehr.

Als im November 1918 die Fahne der Revolution siegreich flatterte und Aussicht auf einen gerechten Frieden, auf ein gesundes Deutschland bestand, da stellten sich diese Leute dem neuen Staat freiwillig zur Verfügung und versprochen, mitzuarbeiten an seinem Aufbau. Die Entwicklung ging leider andere Wege, sie führte zum Versailles Vertrag, zur Entziehung und Unterdrückung Deutschlands, zu Armut und Hunger, zur großen Not. Ein unglückliches Vaterland, das von seinen Bürgern mehr verlangt als es ihnen zu geben vermag, können diese Leute nicht brauchen. Sie überlassen es seinem Schicksal und leben ihr eigenes Leben.

Sozietäten eine europäische Sehenswürdigkeit, eine viel größere Sehenswürdigkeit, als die viel bestaunte, gedrückte und geschulterte wühlmännische Arme eine war! Das liegt zum Teil allerdings auch daran, daß die deutschen Arbeiter ihre geistige Kost nicht aus der „Deutschen Zeitung“ beziehen, die ihren Lesern Waren aufbindet wie den, daß das Attentat auf Scheidemann von der unabhängigen Sozialdemokratie begangen worden sei und daß ein unabhängiger jüdischer Rechtsanwalt für die Tat 500 000 M. gezahlt habe!

Die „Deutsche Tageszeitung“ macht auf ähnliche Art Reklame für den „Vorwärts“. Sie druckt mit Behagen aus unserem Lokalteil Schilderungen über das nächste Bummeltreiben am Hermannsplatz ab. Dagegen haben wir nichts, wenn auch solche Nachdrucke nicht honoriert werden. Unanständig aber und verlogen bis dorthin ist der Zusatz, den die „Deutsche Tageszeitung“ aus eigenem macht: Daß nämlich die von uns gekennzeichneten nachlässigen Herumtreiber die „Klassenbewußte Arbeiterjugend“ sei. Diese Behauptung entspricht durchaus den reaktionären Verleumdungsmethoden. Denn selbst ein Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“ hat sicher schon einmal etwas von der sozialistischen Jugendbewegung läuten hören, die ihre Mitglieder vom Bummelstreben, vom Alkohol- und Nikotingenuß fernhält und sie zu höherer geistiger Beschäftigung, zu Wandern, Spiel und Sport im Freien erzieht. Daß die sozialistische Jugend noch nicht alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen umfaßt, daß ein Teil der jungen wirtschaftlichen Opfer des Kapitalismus auch geistig der systematischen und kapitalbetrieblenen Verdrummung anheimfällt, das ist wahrlich nicht unsere Schuld! Wir fordern den Herrn von der „Deutschen Tageszeitung“ auf, sich einmal die organisierte sozialistische Jugend anzusehen, dann kann er die „Klassenbewußte Arbeiterjugend“ kennenlernen. Jene Bummelantentypen vom Hermannsplatz aber dürften die ersten sein, die bei deutschnationalen Pogromen, Warenhausplünderungen usw. die Gefolgschaft abgeben.

Ver spätete Erregung.

Am Freitag, den 11. August abends, brachte der „Vorwärts“ unter der Ueberschrift „Ein deutschnationales Mörderfest“ nähere Mitteilungen über den Fall Hörlein. Es wurde eingehend geschildert, wie ein deutschnationaler Künzler in Osnabrück, bestehend aus dem deutschnationalen Parteisekretär Landwehr und den deutschnationalen Fabrikbesitzern Meyer und Frömbing, dem Hörlein, der sich selbst der Mittäterschaft bei der Ermordung Erzbergers bezichtigte, unter Mitwirkung des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Henning mit falschen Pässen, Geld usw. zur Flucht verhalf, wie Helfershelfer in München mitwirkten, und wie schließlich Hörlein und eine gewisse Studentin namens Steube von Mitgliedern der Organisation C als Mitwisser unsequemer Geheimnisse ermordet wurden. Im wesentlichen handelte es sich nur um eine detaillierte Wiedergabe der Dinge, die bereits am 6. Juli vom Gen. Ruffner im Preußischen Landtag vorgelesen wurden und über die der „Vorwärts“ am 7. Juli gleichfalls berichtet hat.

Die deutschnationale Presse hat zu diesen Enthüllungen bisher konsequent geschwiegen. Die einzige Antwort war der Hinauswurf Hennigs — das Wort „Hinauswurf“ stammt von Hennigs Gefinnungsfreund, dem Reichstagsabgeordneten von Größe — aus der deutschnationalen Partei. In dieser Gestalt konnte man nur ein volles Schuldgeständnis sehen.

Seht plötzlich — fünf Tage nach unserer letzten Mitteilung — flammte die „Kreuzzeitung“ ein Zetergeschrei an. Grundzüge ist eine wortwörtliche Wiedergabe unserer Mitteilungen in unserem Kölner Parteiorgan, der „Rheinischen Zeitung“.

Es ist zunächst mehr als auffällig, daß das deutschnationale Blatt über eine seine Partei betreffende Meldung schweigt, wenn diese Meldung hier in Berlin, am Erscheinungsort der „Kreuzzeitung“, gebracht wird, aber Lobhudeleinsprüche bekommt, wenn die gleiche Meldung in der Provinzpresse steht. Noch kurioser aber ist das Tatsächliche: Die „Kreuzzeitung“ weiß gegen den Inhalt unserer Mitteilungen nicht das geringste Positive vorzubringen, freischt aber gleichwohl über „sozialistische Verleumdung“ und verlangt — wir bitten ernst zu bleiben — ein Einschreiten der Regierung gegen unser Kölner Blatt! Sie schreibt:

Auf die Strupplosigkeit des rheinischen Sozialistenblattes, dessen Tendenz in der Verbreitung derartiger böswilliger Erfin-

Die wertvollen Massen haben in Zeiten der Not, die auch während der Monarchie vorhanden waren, treu zu Reich und Staat gestanden, sie haben in solchen Momenten nicht an ihre Grundfähr, sondern an die Not gedacht.

Heute knüpft sich an die schwarzrotgoldene Fahne, das Symbol von Einheit und Recht und Freiheit, noch die große Not. Aber golden die Zukunft! Der Tag wird kommen, wo die Fahne Glück, Reichtum und Erfüllung verkörpert wird!

Dann werden alle jene aus ihren Schmollwinkeln hervorgetreten kommen, die sich heute als „national“ bezeichnen, und werden sich um das Banner scharen. Sie haben ja dann wieder ein schönes Vaterland! Das Vaterland wird sich für solche Söhne bedanken.

Die „Weber“ in der Jahrhunderthalle.

Breslau, 15. August.

Ihr Obem war schon Hochperrat und war schon Staatsverbrecher — so lebten Gerhart Hauptmanns „Weber“ zwei Jahrzehnte hindurch im Bewußtsein aller bürgerlichen Ordnungsfreunde. Wer zählt die politischen Verbote, die ihnen den dramatischen Atem benahmen? Und wer die Striche des Zensors, die die Schilderungen von der Armen Not und das dreißig rufbrüderliche Webersied gegen die Fabrikanten für den gestillten Wahngebirg herriedeten? Nun brach diese düstere Tragödie im Nielsenraum der Breslauer Jahrhunderthalle gegen die Herzen von zehntausend Menschen, der Dichter im Mittelpunkt des lautesten Jubels, den sein Jüchlaut durchschritt — wach eine Wendung durch Volkes Fügung! Im Remter des Breslauer Rathauses sprach der Reichspräsident vom politisch handelnden Volke, das in den „Webern“ zum ersten Male dramatisch „held“ war; unwidersprochen nahm man das Wort hin, daß in hundert Jahren die „Weber“ genau so das große Nationalepos der Deutschen sein würden wie heute „Wilhelm Tell“. In den Feststunden um Gerhart Hauptmann wird mancherlei gesagt und geschrieben, was an des Kraben Wunderhorn erinnert: Papiers Natur ist rauhen, und rauhen kann es viel. Aber die Zeit ist reifer geworden für die große Sehnsuchtsballade von den schiefen Webern, und die Menschen verlieren die Scheuklappen vor diesem Stück sozialer Geschichte, gesehen durch das Mißfeldherz eines Dichters.

Das muß man sagen, gerade weil die Aufführung in der Jahrhunderthalle mangelhaft, ja beinahe unmöglich war. Es ist eine ganz unlösliche Aufgabe, die dampfdruckten Webersied auf ein ungeheures Treppensystem zu verpflanzen; es wirkt beinahe grotesk, wenn die armen Diebauer und Peterswalder Proletariat bräusen und orgeln müssen, um sich in die Ferne verständlich zu machen. Die afrikanischen Doppelkante der Halle wirken oft wie ein häßliches Nachbild der hinausgeschrienem Renkennot; und wenn Wally Säger das Webersied zum ersten Male hielt, dann vernimmt man ein Solo im Oratorium und nicht einen Empörerschrei. Lebendig und lebenswahr waren allein die Szenen, in denen die Kleinheit der Webersied vom Empörersorn der Masse überstürzt wurde. Der stampfende Anmarsch vor Dreißigers Haus, der Rhythmus des

Wegens nur allzu durchsichtig ist, näher einzugehen, erbringt sich. Die Regierung sollte jedoch im Interesse der öffentlichen Ruhe (!), die durch die Wiedergabe derartiger Verleumdungen ernstlich gefährdet wird, ihr Augenmerk auf die träben Quellen richten, aus denen das Material für die Fehpropaganda einer gewissen Presse herrührt.

Wir haben hierzu nur zu bemerken: Die Verleumdung liegt ganz allein bei der „Kreuzzeitung“. Die von uns gemachten und von der „Rheinischen Zeitung“ wiederholten Mitteilungen über den Fall Hörlein entsprechen in jeder Weise den Tatsachen. Sie sind nämlich das Resultat der bisherigen amtlichen Untersuchungen in der Sache.

Die Methode der Verleumdung.

Der deutschnationale „Tag“ zitiert einen Satz aus dem französischen „Temps“, der lautet:

„Die Verleumdung, die man so im Vorbeigehen hört, wird in der Runde weitergegeben. Sie gewinnt an Glaubwürdigkeit, indem sie sich verbreitet. Eine Lüge, die von vielen Millionen Mäandern propagiert wird, gewinnt den Anschein der Wahrheit. Sie wird öffentliche Meinung.“

Im Anschluß daran beklagt das deutschnationale Blatt, daß die Deutschen nicht fähig seien, eine regelrechte Propaganda im Ausland zu führen. — Aber doch wohl nur im Ausland! Im Inland haben die Deutschmonarchisten nach der Methode des oben zitierten Satzes geradezu virtuos gegen republikanische Staatsmänner gehandelt!

Die bayerische Reaktion tobt.

München, 16. August. (Eigener Drahtbericht.) In München ist für die heute und morgen fällige Entscheidung über den Ausgleich zwischen Bayern und dem Reich inzwischen die Strafe mobil gemacht worden. Der „Bayernbund“ ruft unter dem Thema „Bayerns Untergang“ zu einer Massenversammlung auf. Die „Nationalsozialisten“ treten sogar im Zirkus Krone zu einer Protestkundgebung gegen Berlin zusammen, und 28 „vaterländische Verbände“ unter Führung des Ordnungsblocks rufen zu einer „ungeheuren Riesenkundgebung“ für heute abend am Königsplatz auf. In dem marktjohrerischen Plakat heißt es u. a.: „Kommt nicht in Tausenden, sondern in Zehntausenden auf die Straße. Das Recht unserer Väter wird geopfert, das Recht einer tausendjährigen Geschichte wird vernichtet. Dafür erscheint das blutige Gespenst Rußlands am Firmament!“ Die deutschnationale Presse wütet in einem Maß, daß selbst die deutschnationalen „Münchener Neuesten Nachrichten“ ängstlich werden und angesichts der drohenden Gefahr von der Strafe folgende Sätze schreiben: „Würde es zu einem Ablehnen des Berliner Protokolls kommen, so wären die Folgen ernst. Es ist kein Zweifel, daß der Bayernbund nicht weiter mitmachen würde. Auch die innere Krise in Bayern wäre kaum mehr vermeidbar. Sicherlich läme es zur Ministerkrise, vielleicht auch zur Auflösung des Landtags und alles das in einem Augenblick der äußerst schwierigen Lage Deutschlands angesichts der gescheiterten Londoner Konferenz und ihrer Folgen.“ Die Saat des Rühr-Bochnerischen Erziehungssystems, an dem die Münchener bürgerliche Presse nicht ganz ungeschuldig ist, geht in aller ihrer Herrlichkeit auf. Da helfen die Sammlertöne der pseudodemokratischen Blätter und das Ueberleben der förmlich zum Reichsputsch auffordernden Plakate durch die Polizei auch nichts mehr. Die bayerische Arbeiterschaft kann dem heute oder morgen drohenden Konflikt in München mit Ruhe entgegensehen. Auch das wüstenste Toben der monarchistischen Reaktion kann dem vernünftigen Teil des bayerischen Volkes nicht die Ueberzeugung rauben, daß die letzte Entscheidung über den Bestand des einzigen deutschen Volksstaates die bayerische und die deutsche Arbeiterschaft in Händen hat.

Unabhängige Klage gegen die „Rote Fahne“. Der frühere Kommunist, der zusammen mit der kommunistischen Arbeitgemeinschaft zu den Unabhängigen übergetreten ist, weil in der „Freiheit“ mit, daß er gegen den Chefredakteur der „Roten Fahne“, Heinrich Söhndin, die Beleidigungsklage anstrengen wird. Die „Rote Fahne“ hatte behauptet, Söhndin hätte um eine Stellung bei der Roten Gewerkschaftsinternationale „geschorrt“ und dabei zu verstehen gegeben, daß er um diese Stellung zur KPD übergehen wolle.

Woberliedes und dann die unvergeßliche Szene nach dem gescheiterten Sturm — das waren die Höhepunkte. Wie stauten die armen Wädel vor den Blickfeldern, wie wüsten sie darin im Glücksrausch des Augenblicks, und dann die allgemeine Herfürerwut! Diese quirlende Buntstiel wird aus der Regaleistung Karlheinz Martins halten bleiben. Es zeigt sich im ganzen, daß man den Ausdruck der proletarischen Wirklichkeit in den „Webern“ in keine steinernen Nischenhalle verpflanzen kann.

Gerhart Hauptmann, Mittelpunkt heillosen Dichterehrung, wandert Abend um Abend durch die Runde der drei Breslauer Theater, die seine Stücke spielen.

Im Lobstheater zeigt die Lehmann die Mutter Woffen im „Biberpelz“, Lucie Höflich die Hanne Schil im „Fuhrmann Henschel“, und die beste deutsche Theaterkunst spiegelt sich wieder im alten Breslau, das nie solchen Kunstglanz in seinen Hütten sah. Gerade die „Weber“, die nun sechsmal hintereinander in der Jahrhunderthalle gespielt werden, unterrichten Hauptmanns sarkastisches Wort, daß er im Remter des Rathauses auch der alten Stauspüle dauernd gebente. Einst gekämpft, weil er den Ludergeruch der Revolution verbrühte, heute mit vielem Vorbeer gekrönt, so mag des Dichters Aufstieg auch das neue volksnahe Deutschland ehren. W. Beyer.

Chinesische Gefrier Eier. China hat im Jahre 1918 mehr als zwei Milliarden Eier hervorgebracht, und das ist es begründlich, daß dieser Eierreichtum des himmlischen Reiches nach weniger mit Eiern gesegneten Ländern ausgeführt wird. So ist eine ganze Industrie der Gefrierer entstanden, aber die Kaphammer nach einem Bericht des französischen Gelehrten Michaud in den „Naturwissenschaften“ Mitteilung macht. Die Eier werden zum Teil in gefrorenem, zum Teil in mit Borfäure oder anderen Mitteln konserviertem Zustande ausgeführt. 1919 wurden 11 000 Tonnen, d. h. 42 Millionen Stück Gefrierer exportiert. Frankreich nimmt China jährlich im Durchschnitt 10 000 Tonnen ab. Große Mengen Gefrierer werden auch in Amerika hergestellt, aber von dort findet kein Export statt. Die Gefriererindustrie in China liegt ausschließlich in den Händen englischer und amerikanischer Unternehmer, und es gibt dort große Fabriken, von denen manche bis zu 700 Arbeitern beschäftigen. Bevor die Eier dem eigentlichen Gefrierprozeß unterworfen werden, muß man die unbrauchbaren sorgfältig auswählen. Dieser Abfall wird als Viehfutter verwendet. Die taublosen Eier werden dann aufgeschlagen, und die Trennung des Eigelb vom Eiweiß erfolgt unter möglichst hygienischen Bedingungen, indem die Instrumente sterilisiert, die Arbeiter desinfiziert sind. Trotzdem ergaben die Untersuchungen, daß nur 81,9 Proz. Eier vollkommen steril sind und daß sich in 2 Proz. gefäßliche Bazillen fanden. Die chinesische Gefriererfabrikation hat sich bereits zu einem bedeutenden Zweig der Nahrungsmittelindustrie entwickelt.

Deutschland zum internationalen Aufbruch angefaßen. Eine bedeutsame Entwicklung hat die englisch-französisch-deutsche Konferenz in London gehabt. Sie bestimmte, daß die deutsche Luftfahrt im Ausland frei sein sollte, wenn sie die allgemeinen Bestimmungen anerkennt.

Schmiergeld bei Butterlieferanten.

Infolge einer Eingabe des Vereins gegen das Bestechungswesen hat der Reichsernährungsminister Febe der Landesregierungen empfohlen, gegen die Bestechung von Moskauer-Exportwäldern vorübergehende Maßnahmen zu treffen. Der Minister betont, durch gerichtliche Feststellungen sei ein größerer Umfang der Mißstände glaubhaft gemacht. Unentbehrliche Nahrungsmittel würden durch die Bestechlichkeit eines Teils der Moskauer-Exportwälder veräußert.

Internationaler Landarbeiterkongress.

Wien, 15. August. Heute nachmittag wurde der zweite Kongress der Internationalen Landarbeiter-Föderation eröffnet. Folgende Staaten sind vertreten: Holland, Deutschland, Polen, Tschechoslowakei, Dänemark, England, Schweiz, Ungarn, Italien, Frankreich, Schweden und Österreich. Der Vorsitzende der Föderation, R. W. Smith-England, eröffnete den Kongress, worauf der Führer der österreichischen Landarbeiter, der burgenländische Nationalrat Morawik, eine Begrüßungsrede hielt, in der er die Hoffnung ausdrückte, daß die Verbindungen der Nationen, die der Krieg gerissen habe, wieder geschlossen würden. Friedrich Adler begrüßte den Kongress namens des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Er bezeugte die gewaltigen Fortschritte der Arbeiterbewegungen und würdigte die Bedeutung der Landarbeiterorganisation für die industrielle Arbeiterchaft. Namens des Internationalen Gewerkschaftsbundes begrüßte dessen Sekretär Dubogeeck, namens des Internationalen Arbeitsamtes de Kode (Genf) den Kongress. Die Verhandlungen sind auf drei Tage anberaumt.

Massenverfahren gegen Eisenbahner.

Rom, 16. August. (E.P.) Die Direktion der Staatsbahn beschloß wegen der Teilnahme am letzten Eisenbahnstreik 52 Eisenbahner zu entlassen und gegen etwa 50000 Eisenbahner das Disziplinarverfahren einzuleiten. Darunter befindet sich auch der Zentralvorstand der Eisenbahnergewerkschaften.

Eine fessame Verhaftung. Der württembergische Landtagsabgeordnete Emil Schuler, der der unabhängigen Fraktion angehört, wurde nach einer Meldung der „D. A. Z.“ auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wegen Landesverrats und Verrats militärischer Geheimnisse verhaftet. Das Verbrechen wird durch einen Artikel „Waffenkunde und Arbeiterchaft“, für den Schuler verantwortlich gezeichnet hat. Der Hinweis Schulers auf seine Immunität als Abgeordneter wurde zurückgewiesen, weil es sich um ein „Exzessiv auf frischer Tat“ handelte. Trotzdem wurde Schuler am Abend der Verhaftung wieder auf freien Fuß gesetzt, da weder Verdunklungsgefahr noch Fluchtverdacht vorliegt. Warum also erst die Verhaftung?

Ein kleiner kommunistischer Reizfall. Vor einigen Tagen brachte eine kommunistische Zeitung die Nachricht, daß der ehemalige Erzbischof des früheren Staates Sachsen-Weimaringen im Justizdienst beschäftigt sei — und das, so fuhr das Blatt fort — kurz nach dem Niedergang. Es trifft, wie wir erfahren, zu, daß Prinz von Sachsen-Weimaringen als Referendär kommissarisch mit Richteramt betraut ist, aber, und das ist das Entscheidende, der Herr hat die nach Ziffer 8 der Verordnung des Thüringischen Justizministeriums vom 1. Juli 1922 notwendige schriftliche Erklärung abgegeben, daß er vorbehaltlos auf dem Boden der Republik steht. Damit ist allen rechtlichen Erfordernissen Geltung verschafft, und der Prinz von Sachsen-Weimaringen hat somit vor seinem anderen Staatsbürger etwas voraus. Er hat dieselbe Erklärung abgegeben, die auch die der kommunistischen Partei angehörigen Beamten unterzeichnet haben. Politisch interessant ist, daß sich Prinz von Sachsen-Weimaringen nicht, wie der Prinz Friedrich Leopold von Preußen, mit dem Hissen der republikanischen Schutzfarben begnügt hat.

Die Zentrumsprelle schließt sich zusammen. Unter der Firma „Zeitungsvorlegerverband Nordwestdeutschland“ (Zeno) G. m. b. H. wurde eine Gesellschaft nach dem System Walzner gegründet, der sich ein großer Teil von Zentrumszeitungsverlegern des Münsterlandes und der anliegenden Gebiete angeschlossen hat.

Dollarstand noch immer über 1000!

An der Berliner Börse haben sich die gestern so hoch gegangenen Wogen der Aufregung etwas gelegt. Die Stimmung für die deutsche Mark hat sich bis jetzt noch nicht gebessert. Die Devisen halten sich ungefähr auf dem gestrigen Niveau. Heute wurden gegen Mittag Dollarnoten mit 1030 bis 1035 gehandelt. Die übrigen Devisen gingen mit dieser Bewegung ungefähr parallel. Eine Ausnahme bildet nur die rumänische Bana, die eine besonders feste Tendenz zeigt. Dementsprechend sind auch rumänische Renten sehr gesucht. Man bringt diese Erscheinung mit den günstigen Erntebereichen in Zusammenhang, wonach Aussicht besteht, daß Rumänien größere Getreidemengen exportieren wird als in den vorangegangenen Jahren. Außerdem beabsichtigen die rumänischen Banken die Errichtung einer Devisenbörse in Bukarest, um sich von der Pariser Börse unabhängig zu machen. An den hiesigen Effektenmärkten war das Geschäft heute bei ziemlich fester Gesamtstimmung verhältnismäßig ruhig. Starke Nachfrage besteht nach wie vor nach Auslandswerten aller Art und nach inländischen Industriepapieren, bei denen große Auslandsguthaben in Frage kommen.

Devisenkurse.

Die amtliche Kurstabelle gibt an, wieviel Mark man aufwenden muß, um in der ersten Spalte genannte Einheit der auf das bezeichnete Land lautenden Währung zu erwerben.

	16. August		15. August	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs
100 holländische Gulden	40146.75	41250.25	40349.80	40550.40
1 argentinischer Papier-Peso	37162.50	37247.50	377.30	378.50
100 belgische Frank.	—	—	7800.10	7800.90
100 norwegische Kronen	17927.55	17972.45	17977.50	18022.60
100 dänische Kronen	22022.40	22077.00	22072.10	22127.90
100 schwedische Kronen	26466.85	26533.15	27168. —	27234. —
100 finnische Mark	2222.20	2227.80	2162.25	2167.75
1 japanischer Yen	—	—	499.87 1/2	508.62 1/2
100 italienische Lire	—	—	4719.05	4730.50
1 Pfund Sterling	4574.25	4585.75	4634.20	4675.80
1 Dollar	—	—	1038.70	1041.50
100 französische Frank.	—	—	8264.45	8285.55
1 brasilianischer Real	—	—	140.82	141.18
100 Schweizer Frank.	—	—	19775.25	19824.75
100 spanische Pesetas	—	—	16129.80	16170.20
100 österr. Kronen (abgest.)	1.35 1/2	1.39 1/2	1.29 1/2	1.33 1/2
100 tschechische Kronen	8051.15	8068.55	2916.35	2923.65
100 ungarische Kronen	71.91	72.09	69.01	70.09
100 bulgarische Lewa	624.20	625.80	594.25	595.75

Erhöhte Wohnungsbaubgabe.

Der Berliner Magistrat vorbereitet die folgenden Aufstellungen: Immer mehr bedrohen Baufteuerung und Lohnsteigerungen die Wohnungsbaufähigkeit. Wolliger Stillstand ist zu befürchten, falls nicht öffentliche Mittel bereitgestellt werden, mit denen allein die nicht durch Miets einzubringenden Baukosten abzudecken sind. Zugang von Flüchtlingen und Beamten, die steigende Beschäftigungsziffer, verbunden mit nur mäßiger Abwanderung auf das Land, haben die Wohnungsnot verstärkt. Die Industrie nimmt in steigendem Maße Arbeiter und Angestellte, die in der Stadt wohnen müssen, auf, und der Wohnraum verengt sich immer mehr. Das Angebot und die Nachfrage für Wohnungen hat sich seit 1919 wie folgt entwickelt:

Jahr	Gesuchte Wohnungen	Gemeinliche Wohnungen	Fehlbetrag
1919	24 315	10 460	13 855
1920	130 011	32 570	97 441
1921	200 063	35 033	164 994

Die Zahl der Familien ohne eigene Wohnung muß mit etwa 50 000 angenommen werden. Die Abstellung der Wohnungsnot kann nur auf zwei Wegen erfolgen:

1. Erfassung des Raumes in den vorhandenen Gebäuden zum Ausbau von Wohnungen, und Errichtung von Wohnlauben.
2. Herstellung von Wohnungen in Neubauten.

Die Zerlegung größerer Wohnungen verschlingt meist zu hohe Baukosten und führt zu übermäßigen Mieten. Der Neubau von Dauerwohnungen ist daher das einzige Mittel, das bleibende Werte schafft und sich gesund verzinst. Die Verteuerung der Baukosten hat den Preis im Frühjahr von 700 bis 800 M. für 1 Quadratmeter umbauten Raumes auf etwa 1300 M. im Juli gesteigert, trotzdem Baustoffe durch die Stadt in großen Mengen und wesentlich billiger beschafft worden sind. Die Wirkung ist katastrophal. Der normale Wohnungstyp von 70 Quadratmeter Wohnungsfläche und 320 Quadratmeter umbauten Raumes erfordert im Juli rund 350 000 M. Kosten, wozu noch der Geländepreis kommt. Nur dadurch, daß die Arbeitsgemeinschaft durch die Bereitstellung der Landesversicherungsanstalt Berlin und das Krankenkassenverbandes etwa 90 000 M. Hypotheken für ein Haus zusichern konnte, war eine Finanzierung noch möglich. Eine Erhöhung dieser Hypotheken ist aber nicht angedacht, da schon jetzt sich als Miets rund 6000 M., d. h. auf 1 Quadratmeter 85,70 M., ergeben. Für die weiter eingetretene Steigerung fehlen die Mittel. Die müssen anderweitig sichergestellt werden. Hierzu bietet das Wohnungsbaubaugesetz den Weg. Die Wohnungsbaubaugabe muß soweit gesteigert werden, daß sie den Rotbedarf decken kann. Die Wohnungsbaubgabe beträgt zurzeit 25 Proz. Staatsabgabe und 25 Proz. Gemeindeabgabe und ist auf je 200 Millionen veranschlagt. Der Anteil Berlins an der Staatsabgabe betrug bisher nur 65 Millionen, über die als Zuschuß für die bisher 1200 bewirtschafteten Wohnungen verfügt ist. Die Gemeinden müssen wohl oder übel dazu übergehen, gleichende Zuschüsse entprechend den wirtschaftlichen Verhältnissen zu gewähren, um den Niederrück des Bauwertes zu verhindern. Die hierzu nötigen sehr bedeutenden Mittel können und müssen durch Erhöhung der Zuschüsse auf Grund des Wohnungsbaubaugesetzes, sowie durch stärkere Heranziehung des Privatkapitals der Arbeitgeber beschafft werden, doch muß die Hilfe sofort kommen.

Schon zum 1. Oktober

muß eine Erhöhung einleiten; es dürfte aber genügen, wenn 50 Proz. Zuschlag zu dem gemeinlichen Wohnungsbaubaugesetz erhoben werden. Damit sind die im Bau geplanten rund 2000 Wohnungen selbst bei steigender Teuerung ausführbar. Wenn auch die um 50 Proz. erhöhte Wohnungsbaubgabe die Allgemeinheit weiter belastet, bleibt dennoch kein anderer Weg, die Wohnungsnot zu lindern. Die Mieterchaft muß sich klar sein, daß die Verweigerung der Wohnungsbaubgabe sie zwingen würde, das Bleisfeld von dem, was sie jetzt der Allgemeinheit vorantreiben, zu zahlen. Die Mieter der alten Wohnungen zahlen bei der Erhöhung der Gesamtabgabe auf 100 Proz. und trotz der Erhöhung, die das Reichsmietengesetz bringen wird, noch immer nur einen Bruchteil von der Miets, die die Mieter in den neuen Bauten zahlen müssen. Als weiterer Beweis dafür, daß nur das Allernotwendigste gefordert wird, möge erwähnt sein, daß andere Großstädte schon höherer Zuschläge erheben oder gleichfalls beantragen haben. So Barmen 125 Proz., Erlang 100 Proz., Essen 125 Proz., Gelsenkirchen 105 Proz., Halle 125 Proz., Leipzig 150 Proz., Magdeburg 200 Proz., Stettin 100 Proz., Wiesbaden 175 Proz.

Wenn man Briefe verliert.

Auf der Fahrt eines Hofediebes.

Ein alter Hofedieb, der fast allen Polizeibehörden des Kontinents bekannt ist und auch die Berliner Kriminalpolizei wiederholt beschäftigt, ist jetzt in Italien wieder ein „Opfer seines Berufes“ geworden. Er ist ein Fritz Vandau.

Vor einigen Jahren wurde er einmal in einem kleinen Hotel erster Klasse in einem fremden Zimmer im dritten Stock ertappt. Der Dieb sprang ohne weiteres zum Fenster hinaus, fiel auf ein Glaschuhdach, das den Sturz milderte. Er wurde aber doch so schwer verletzt, daß er nach der Charité gebracht werden mußte. Von dort wurde er bald gebettelt entlassen. In Dresden hat der Spezialist noch 6 Jahre Zuchthaus zu verbüßen. Bisher hat er es aber immer verstanden, sich jeder Strafverurteilung zu entziehen, indem er ein Rückenleiden, mit dem er wirklich befallen ist, so hoch übertriebt, daß er für hals- und strafvollzugsunfähig erklärt wurde. Diese Krankheit hinderte ihn aber niemals, während er tagsüber in Privatbehandlung im Städtischen Lazarett, nachts am Spieltisch zu sitzen oder Hotelzimmer anzuschauen. Kürzlich wurde der Dieb nach einer Rundreise durch die Hotels der Riviera und andere Vadeorte, in Rom freigegeben und in das Untersuchungsgefängnis gesetzt. Von hier aus schrieb er an seine Schwester in Dresden einen Brief, in dem er ausführlich schilderte, wie er es machen wolle, auch die italienischen Verze über seinen Körper- und Geisteszustand zu täuschen. Er tue, das aber nur Gennais und Petris wegen. Gennais ist der Berliner Kriminalkommissar, der hinter ihm her war, Petri der frühere Dresdener Oberstaatsanwalt, der ihn zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt hat. Vandau schließt, er hoffe zu Gott, daß alles wieder gut werde. Er habe ja nur den Reichen genommen und den Armen gegeben. Wie er das letzte gemacht hat, sei allerdings sein Geheimnis.

Diesen Brief fand die Schwester aus Dresden an eine Verwandte in Berlin. Diese verlor ihn auf der Straße und der Finder übergab ihn den ihm bekannten Kommissar Gennais. So erfuhr dieser erst, daß der von ihm Gefuchte in Rom in Untersuchungshaft liegt. Die deutschen Behörden können nun die italienischen über den wahren Zustand und seine Absicht auf und beantragten zugleich, ihn zur Vollstreckung der 6jährigen Zuchthausstrafe und zur Aburteilung wegen neuer Straftaten auszuliefern.

Die weltliche Schule in Moabit.

Die Vorarbeiten zur Verwirklichung der weltlichen Schule im Kreis Tiergarten, die sich die „Freie Schulgemeinde“ zum Ziel gesetzt hat, sind soweit gediehen, daß mit der Eröffnung zweier Schulen in Moabit zum 1. Oktober 1922 gerechnet werden kann. Es liegt nun an den Eltern, die mit dem heutigen System der Vernachlässigung und seinem kirchlichen Einfluß nicht einverstanden sind, ihre Kinder bis zum 1. September 1922 bei dem zuständigen Schulleiter vom Religionsunterricht abzumelden. Diese Abmeldung muß von Vater und Mutter unterschrieben sein. Vorstehendes bezieht sich auch auf jene Familien, die ihre sechsjährigen Kinder zum 1. Oktober einschulen. Alle diese Eltern, die dem nachgetreten sind, erhalten im September von der Schuldeputation

einen Fragebogen, auf dem sie ihre Bereitwilligkeit, ihre Kinder in der weltlichen Schule unterrichten zu lassen, bestätigen müssen. Ist also die nötige Kinderzahl vorhanden, so bekommt Moabit zum 1. Oktober seine so sehnlichst erwartete weltliche Schule. Auskunft erteilt und Anmeldungen für die Mitgliedschaft der „Freien Schulgemeinde Berlin-Tiergarten“ nimmt entgegen: „Vorwärts“-Spekulation, Wilhelmshoener Str. 48.

Ehe tragödien.

Der Mordanschlag eines Flugzeugführers.

Vor dem Untersuchungsrichter des Landgerichts III schwört zurzeit ein Strafverfahren wegen Mordes gegen den früheren Flugzeugführer Georg Hans. Ihm wird zur Last gelegt, auf seine von ihm getrennt lebende Ehefrau einen Mordanschlag verübt zu haben, der den Abschluß zu einer Ehe tragödie mit zum Teil recht romantischem Hintergrund darstellte.

Der Angeklagte, der 10 Jahre lang ununterbrochen im Dienste der Luftverkehrs-Gesellschaft als Flugzeugführer gestanden hat, erlitt in den Kriegsjahren 1916 und 1917 zwei schwere Herzinfarkte, bei denen er sich äußerst schwere Verletzungen zugezogen hatte. Als Führer des Postflugzeuges Berlin-Breslau lernte er in einem Breslauer Kabarett eine Soubrette kennen und lieben, wegen der auch seine erste Ehe im Jahre 1920 geschieden wurde. Er heiratete hierauf die Soubrette, die als Arbeiterin bei Rig u. Benck ihre Laufbahn begann, dann Modell bei bekannten Berliner Künstlern wurde und schließlich nach einem Verhältnis mit einem solchen Soubrette in Varietés wurde. Die Ehe gestaltete sich von Anfang an nicht glücklich, weshalb sich die Frau von dem Manne trennte und mit ihrer Mutter und ihrem Bruder nach der Barbarossastrasse zog. Hier wollte sich G. ein von der Frau zurückgehaltene Klavier ausfolgen lassen. Die Frau verweigerte ihre Anwesenheit. Er drang gewaltsam in die Wohnung ein, worauf es zunächst zu einer erregten Szene zwischen den beiden Ehegatten kam. Schimpfworte fielen von beiden Seiten und schließlich griff der äußerst erbitterte Angeklagte zur Wille und schob seine Frau nieder. Die Rechtsanwältin Dr. Schwindt und Wendel haben nunmehr mit Rücksicht auf die schweren Kopfverletzungen, die der Beklagte in seinem Beruf erlitten hat, Antrag auf Haftentlassung und Untersuchung des Geisteszustandes gestellt. Diesen Antrag auf Entlassung aus der Haft hat das Gericht zunächst mit der Begründung abgelehnt, daß der Angeklagte als Flugzeugführer sehr leicht in der Lage sei, ins Ausland zu flüchten, worauf die Rechtsanwältin in einem erneuten Antrage betont haben, daß Deutschland zurzeit nur über 160 Flugzeuge verfüge, die unter der ständigen Kontrolle der Entente stehen, es also dem Flugzeugführer nicht allzu leicht fallen dürfte, Deutschland auf dem Luftwege zu verlassen.

Patentschriften und Jugendweihen.

Vom Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin wird uns geschrieben:

Die stetig zunehmende Beliebtheit, der sich die vom Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin veranstalteten Jugendweihen in den Kreisen der Arbeiterchaft erfreuen, ist der Beulen, die glauben, Moral und Religion in Erbschaft zu haben, scheinbar stark aufgestoßen. Ein evangelisches Himmelsblättchen „Licht und Leben“, das sich im gegenwärtigen Schultamp schon durch seine vollstehende Weise hervorgetan hat, enthält in seiner Umschau in Nr. 24 einen Artikel „Sozialdemokratischer Konfirmationsersatz“, der bescheidend ist für die acht christliche Komplexion. Der Artikel bringt zunächst eine offenbar aus einer Spontaneer Zeitung kommende Ankündigung zur Anmeldung für die vom Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin veranstalteten Jugendweihen und im unmittelbaren Anschluß daran einen Bericht eines „proletarischen Freidenkers“ aus der im Rheinland erscheinenden „Neuen Freien Presse“ vom 10. April über eine (wie sich das Wochenblatt ausdrückt) „ausgeführte Jugendweihen“. Der Bericht beschäftigt sich u. a. näher mit den Reden und läßt unzweifelhaft erkennen, daß es sich hier nicht um eine Jugendweihen des Vereins Arbeiterjugend, sondern um eine Veranstaltung der Kommunisten oder eines kommunistischen Freidenkervereins handelt, mit denen wir nicht die geringste Verbindung haben. Wir können es vollständig dahingestellt sein lassen, ob die von dem proletarischen Freidenker geschilderten Mißstände den Tatsachen entsprechen, da wir ja nur die Verantwortung für unsere Veranstaltungen zu tragen haben. Wir können den christlichen Herrschaften aber nur versichern, daß die Jugendweihen des Vereins Arbeiterjugend und unseres Wissens auch die von der Sozialistischen Proletarierjugend im Großen Schauspielhaus in Berlin veranstalteten Jugendweihen stets einen sehr würdigen, feierlichen Verlauf genommen haben, die erste Haltung der Jungen und Erwachsenen über alle Verdächtigungen erhoben war und die Darbietungen, die die Feier einrahmten, stets auf hohem künstlerischen Niveau standen, was uns auch schon eckliche Gegner, die unseren Veranstaltungen beimohnten, bestätigt haben. — Die hinterhältige Kampfesweise dieser Herrschaften ist aber Beweis dafür, wie sehr ihnen unsere Jugendweihen ein Dorn im Auge sind und wie sehr sie dadurch ein Schwenden ihres Einflusses fürchten. Die Arbeiterchaft wird durch derartige Hygymethoden nur bestärkt werden, unsere Veranstaltungen mehr denn je zu beachten, zu fördern und zu ihrer weiteren Verbreitung beizutragen.

Anmeldungen zu den Jugendweihen am 17. und 24. September 1922 können noch im Jugendsekretariat, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, erfolgen.

Die Entwicklung des Bliffunkverkehrs.

Der Bliffunkverkehr, der bekanntlich vor einer Reihe von Monaten verhältnismäßig eingeführt wurde, befindet sich in rasch aufsteigender Entwicklung und hat sich seit Februar um mehr als das Dreifache gesteigert. Die Einführung dieses Dienstes hat hiernach offenbar einem wirklichen Bedürfnis entsprochen. Die vorher vereinzelt gehöhrte Befürchtung, daß die Gebühr von 50 M. für das Wort diesen Verkehr zurückhalten würde, hat sich nicht erfüllt. Als durchschnittliche Laufzeit eines solchen Telegramms — gerechnet von der Aufgabe bis zur Uebermittlung an den Empfänger, die durch Fernsprecher erfolgt — hat in den letzten Monaten 12 bis 15 Minuten betragen; in vielen Fällen war sie geringer. Das vorliegende Ergebnis ist um so bemerkenswerter, als bis Ende vorigen Monats zunächst nur 8 Großstädte an dem Verkehr teilgenommen haben. Seit Anfang August ist der Bliffunkverkehr auf allen Funklinien des Deutschen Reichs zugelassen. Wenn sich der Verkehr so weiter entwickelt, ist damit zu rechnen, daß seine endgültige Einführung der Telegraphenverwaltung eine neue Quelle für nicht unbedeutliche Einnahmen erschließen wird.

Das Pflegeheim für erblich kranke Kinder e. V. in Berlin-Friedrichshagen, Sectr. 43, befindet sich in Not. In ihm finden seit Jahren erblich kranke Kinder, die an Epilepsie erkrankt sind, Aufnahme und werden ihm Gesundheit und Lebensfähigkeit. Die Ärzte, die früher Mittel für das Bestehen dieses Heimes gaben, sind heute nicht mehr in der Lage dazu; es handelt sich bei den Pfleglingen zum größten Teil um Proletarierkinder! Darum geht und trägt zur Erhaltung dieses wichtigen Pflegeheimes bei. Gabenannahme durch das Bankhaus Jacquier & Securius, Berlin C 2, Postfach Berlin 2224.

Jugendveranstaltungen.

Jungsozialisten, Gruppe Rosenthal, Donnerstag abend, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Rosenthal 55, Mitgliederversammlung. Da unser nächster Arbeitsplan zur Beratung steht, vollständiges Erscheinen Pflicht.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas wärmer, größtenteils trocken und vielfach heiter bei mäßigen südwestlichen Winden.

